

Der Mahnruf

Rampfblatt der Werktätigen

Der „Mahnruf“ erscheint wöchentlich. Redaktion und Verwaltung: Graz, Elisabethergasse Nr. 20. Sprechstunden: täglich von 18 bis 19 Uhr. — Wiener Redaktion: Wien, XVIII., Vincenzgasse Nr. 24. Sprechstunden: Jeden Mittwoch von 6–10 Uhr abends Caféhaus Nussdorfer, IX., Lazarettgasse 12. — Eingeladene Artikel müssen mit Name und Adresse gefertigt sein.

Graz Wien
April 1929
Nr. 18 3. Jahrg.

Bezugspreis: Im Monatsabonnement mit Zustellung wird jede Nummer mit 12 Groschen berechnet, im Straßenverkauf mit 15 Groschen. Das Vierteljahrsabonnement mit Zustellung beträgt S 1.40. Vierteljährliche Bezugsgebühr für Deutschland Mk. 3.80. Die Bezugspreise sind im vorerwähnten Maße zu erhöhen. — Postfachkonto Nr. 69371

Die Sozialdemokratie hat den Mieterschutz verraten!

Die Reichskonferenz der S. P. billigt auf Antrag Nacholds die Beseitigung des Mieterschutzes. — Die bürgerliche Presse triumphiert! — Fürchtbare Erbitterung der Arbeiter, Arbeitslosen, Kleinrentner und Invaliden. — Die letzte Entscheidung liegt bei den Massen des arbeitenden Volkes.

Am 21. April hat die S. P. in Graz gestimmt! Sie verspricht dem Volk:

Am Mieterschutz darf nicht gerüttelt werden!

Am 23. April trat in Wien die Reichskonferenz der S. P. zusammen und beschloß auf Antrag Nacholds, den Abbau des Mieterschutzes zu billigen. Das Gesetz, das nun erlassen wird, besagt:

Erhöhung der Zinse in Wien auf das 2000fache 1929, 2400fache 1930, 2700fache 1931;

Erhöhung der Zinse in Graz auf das 2500fache 1929, 3000fache 1930, 3400fache 1931;

Erhöhung der Zinse in der Provinz auf das 3–4000fache.

Eine Wohnung, die in Graz 30 Kronen Friedenszins kostete, wird 1931 jetzt 30–40 S monatlich kosten, denn zum Friedenszins kommt, und das ist das Wichtigste, woran viele Arbeiter im Augenblick vielleicht vergessen,

Betriebskosten und Steuern!

Aber das ist nicht alles; das neue Gesetz wird enthalten:

Der Landherr kann mit allen Mietern von Wohnungen über 2 Zimmern „freie Vereinbarungen“ treffen!

Das heißt, der Großteil unseres Grazer Kleinbürgertums, die Pensionisten, Beamten usw. werden schutzlos der Erpressung der Zinsgeier ausgeliefert, die von ihnen weit höhere Zinse auf dem Wege planmäßiger Schikanen erzwingen werden.

Die Sozialdemokratie hat den Mieterschutz verraten!

Die Massen, die noch die Versprechungen der S. P. im Ohr haben, sind in tiefer Erregung.

Vor einem Jahre noch erklärte auf dem Parteitag 1928 Otto Bauer:

„Es handelt sich jetzt darum, der ganzen Mieterschaft klar zu machen: Laßt euch nicht betören, laßt euch nicht verführen von Leuten, die jetzt kommen und sagen werden: „Aber es handelt sich zunächst einmal nur um den 2000fachen Mietzins in Wien und um den 3000fachen in der Provinz!“ Laßt euch nicht betören! Zeigt den Mietern, Genossen und Genossinnen, worum es sich wirklich handelt. Zeigt den Mietern, daß hinter der ganzen Vorlage nichts anderes steckt als den Zustand herbeizuführen, der die vollständige Beseitigung des Mieterschutzes ermöglicht.“

Und nun versuchen diese Führer, denen Ihr, Arbeiter, noch am 21. April geglaubt habt, nun versuchen sie selbst.

„Sucht zu betören und zu verführen!“

Laßt Euch nicht einreden, daß man den Mieterschutz opfern müßte, um Wohnungen zu bauen. Wenn die S. P. gewollt hätte, so hätte sie die Regierung zwingen können.

Wohnungen zu bauen, ohne den Mieterschutz anzutasten.

Was jetzt geschieht, ist ein elender, nichtswürdiger Schacher mit den Lebensinteressen des arbeitenden Volkes. Es ist ein offenkundiger Betrug, wenn man die Arbeitslosen, die Sozialrentner und Invaliden tröstet, man werde „schauen“, daß sie einen entsprechenden Zinsbeitrag bekommen. Selbst bür-

gerliche Blätter, wie der „Tag“, müssen der tiefen Erregung der Arbeitenden Ausdruck geben.

Am 23. April schreibt er:

Die Grundzüge dieses Entwurfes werden bei den Mietern helles Entsetzen hervorrufen.

Das Blatt der Kleinrentner hat vergeblich einen Hilferuf an die Reichskonferenz der S. P. gerichtet!

Die Regierungs- und Bourgeoispreß jubelt!

„Reichspost.“ vor allem die „Wiener Neuesten Nachrichten“ (großdeutsch), „Neues Wiener Tagblatt“, sind entzückt über das weitgehende Verständnis der sozialdem. Parteiführer und höhnisch schreibt die „Neue Freie Presse“: „die Entwicklung wird weiter gehen, als die ängstlichen Parteiführer es wollen.“

Im Augenblick beginnen die Arbeiter langsam zu erfassen, welch ein freiboles Spiel die Führer der Sozialdemokratie mit ihnen treiben.

Zastend beginnen sie die Abwehr zu organisieren. Sie spüren es dumpf:

Wenn sie es wollen, die hunderttausenden Angebeteten, Verratenen, Verkauften, dann kann diese Schlinge um ihren Hals noch zerissen werden.

Wir rufen die proletarischen Mieter auf, sofort in allen Mitorganisationen gegen die Beseitigung des Mieterschutzes zu protestieren und sich mit uns ins Einvernehmen zu setzen, um über die nächsten Abwehrmaßnahmen zu beraten.

Zum 1. Mai! Arbeiter und Arbeiterinnen!

Am Vorabend neuer schwerer Kämpfe feiert das Proletariat von Österreich in diesem Jahr den 1. Mai. Nicht nur in Österreich! In allen Ländern der Welt bedrohen gewaltige Angriffe des Weltkapitalismus die Arbeiterklasse, in allen Ländern Europas versucht das Kapital das Lebensniveau der Arbeitererschaft zu drücken, steigt die Ausbeutung, wächst die Arbeitslosigkeit, verschärfen sich die Klassengegensätze. In den meisten Ländern Europas geht die Bourgeoisie offen dazu über, selbst die kaiserlichen, politischen Freiheiten, die die bürgerliche Demokratie der Arbeiterklasse gewährt, zu beseitigen und aufzurichten

offene Gewaltregime, faschistische Diktaturen,

wie sie bereits in Italien, Spanien, Bulgarien, Un-

garn, Polen, Jugoslawien, Litauen usw. bestehen und wie sie unmittelbar

in Deutschland und Österreich

drohen. Das offene Gewaltregime soll der Bourgeoisie nicht nur dazu dienen, die Arbeiterklasse niederzuhalten, den Profit zu steigern, sondern vorzubereiten

den nächsten imperialistischen Weltkrieg,

der unvermeidlich aus den Gegensätzen zwischen den kapitalistischen Staaten erwächst und zu dessen besserer Vorbereitung sogenannte

„Abstimmungskonferenzen“

in Genf organisiert werden, um die Volksmassen einzulullen. An allen Ecken und Enden der fünf

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Unser Wahlresultat.

In den letzten Jahren haben wir in Graz Tausende Männer und Frauen aus dem Proletariat kennen gelernt, die gegen die Sozialdemokratie sind; Arbeiter aus den Betrieben, die das Abwürgen aller Gewerkschaftskämpfe satt haben; Arbeitslose, die von der sozialdem. Partei abrückten, weil sie in der Gemeinde mehr für Luxusausgaben übrig haben als zur Linderung der Not; Frauen, die empört sind gegen das städtische Jugendfürsorgeamt, wo die Arbeiterkinder wie auf einem Sklavenmarkt zu klerikalen Bauern veräußert werden; Invaliden, die von der Partei Mühl-Vanquardt nichts wissen wollen; arbeitslose Frauen, denen unter Hans Nuchlich, Präsidenten der Industriellen Bezirkskommission, die Unterstützung geraubt wurde. Wie oft waren wir Zeugen erbitterter Empörungsausbrüche gegen die S. P. und diese Tausende haben am 21. April wieder der S. P. ihre Stimme gegeben. Wie ist das möglich?

Fortsetzung von der 1. Seite.

Die führende Partei der Reaktion, die Christlichsozialen, führten in einem stupiden Kampfe an, um Mandate zu gewinnen. Die Arbeiter Österreichs sind klassenbewusst. Strafella bekam nicht ihre Stimmen, im Gegenteil, er bekam die Wahrung, das Recht in den Tiefen der proletarischen Besten gegen die Mächte der Reaktion zu hören. Die S. P. warf in diese Stimmung geschickt die Losung: „Entweder Strafella oder Mussjisch! Jede Stimme, die ihr den Kommunisten geht, ist eine Stimme für Strafella!“ Und die Arbeiter und Arbeiterinnen glaubten, es gäbe wirklich keine andere Wahl. Ihr übermächtiger Haß gegen die Reaktion, gegen Strafella, der zu den räuberlichsten Episoden der österreichischen Arbeiterbewegung zählen wird, raubte ihnen aber die klare Überlegung, daß gegen die Reaktion ein weit besseres Bollwerk das Bekenntnis und der Anichluß an die kommunistische Bewegung ist, während die Sozialdemokraten nur in den Wahlen den „erhöhten“ Kämpfer abgeben, um nach den Wahlen so wie bisher eine Position um die andere, die in den Revolutionsjahren 1918 erobert wurde, kampflos den Anführern der Reaktion zu überlassen, so wie das jetzt mit dem Mieterschutz geschieht. Zur Aufklärung waren uns alle Hände gebunden. Die öffentlichen Versammlungen auf freien Plätzen wurden von der Polizei verboten und die Saalbesitzer angewiesen, uns ihre Räumlichkeiten nicht zur Verfügung zu stellen.

Die Meisten von denen, die sich von der S. P. abgekehrt hatten, haben noch nicht die Überzeugung und politische Festigkeit, daß es in jedem Falle besser ist, mit den Kommunisten zu gehen. Auch dann, wenn dadurch die S. P. bei Wahlen geschwächt hervortritt, denn durch das Abschwenken von der S. P. zu den Kommunisten wird die proletarische Position verstärkt.

Am 21. April war es ja. Die Proleten dachten, jetzt nur keine Schwächung der S. P. gegenüber Strafella. Sie hatten noch nicht das Verständnis, daß Strafella konsequent und unerbittlich nur von den Kommunisten bekämpft werden kann, während die S. P. nach den Wahlen hinter den Kulissen mit ihm, der nun als Abgeordneter einziehen wird, sich doch zusammensetzt und weiß der Teufel, was da die Sozialdemokraten alles aufgeben, auf was sie verzichtet werden um eines „guten Einvernehmens“ willen.

Zur Aufrechterhaltung der Illusion, daß es keine andere Wahl als die S. P. gebe, griff sie zu einer großen Dampfer. Sie schickte gegen 15.000 Briefe, frankiert zu 16 Groschen, auf die ihr 8000 Schilling kosteten, in denen ein „ehrlicher Kommunist“ die Arbeiter aufriefe, sei demokratisch oder sonst gar nicht zu wählen. Der „ehrliche Kommunist“, der 1000 Schilling dafür zur Verfügung hatte, war Sianet u. Comp.

Die Aufrechterung in diesem Schwundbrief, entweder sozialdemokratisch zu wählen oder zu Hause zu bleiben, dem ist die Kraft, die die S. P. vor einer kommunistischen Wahlmeisterei hat.

Die Geschehnisse der kommenden Jahre werden die Arbeiter, die sich noch einmal von der S. P. eintrennen können, schon zeigen, welchen Fehler sie am 21. April begangen haben.

Die Arbeiter dieser Wähler an im Bewußtsein, daß im großen Ringen der Klassenkämpfe das 20. Jahrhundert letzten Endes die kommunistische Idee es sein wird, die siegreich über die triumphierten wird, bis heute über die „kleinen“ Kommunisten noch stehen.

Die Angewandtschere mit dem 25. Mandat.

Die Sozialdemokraten sagen, wir seien schuld, daß sie nicht die Mehrheit der Stimmen und das 25. Mandat bekommen haben. Damit betragen sie das Volk, wie mit dem Brief „eines ehrlichen Kommunisten“. Eine kurze Überlegung beweist es. Die

Bedürfnisse wachsen und verschärfen sich die Widerstände, die die Herrschaft des Weltimperialismus bedrohen.

Wohl ist die chinesische Revolution erbrochen.

wohl gelang es den Tschang-Kai-Schick und Feng, dank der eifrigen, opportunistischen Politik Stalins in China, die Arbeiter- und Bauernmassen niederzuwerfen. Aber wie in Rußland, auf 1905 — der rote Oktober von 1917 folgte, so werden auch in China die hungernden, verratenen Volksmassen, unter der Führung des Proletariats, sich in neuen, gewaltigen Anstürmen gegen die Zwangsburgen der chinesischen Bourgeoisie und des mit ihr verbandelten Weltimperialismus wenden. Die Zeiten der gekrümmten Welt Herrschaft des Imperialismus sind endgültig vorüber. Raum gelang es ihm, vorübergehend in China seine Nachpositionen wieder aufzurichten, da lodern bereits revolutionäre Stichflammen

aus den Fabriken von Bombay, aus den Bauernhöfen, aus den Grundstücken der indischen Städte, aus den Hungerreihen der indischen Volksmassen

corpore. Signale neuer revolutionärer Erhebungen. Eine einzige, große Hoffnung besetzt nun den Weltimperialismus: daß es ihm gelingen werde, mit den Mitteln der „friedlichen Durchbringung“, des planmäßigen Drucks und letzten Endes des Krieges

Sowjetrußland sich zu unterwerfen.

Alle Hoffnungen setzt heute die Weltbourgeoisie auf das Regime Stalin, das die Macht der Arbeiterklasse untergräbt, das mit den Mitteln des brutalen Terrors

die Klassenbewachte Vorhut des russischen Proletariats, die oppositionellen Bolschewiki-Leninisten terrorisiert, einkeiselt, verbannt, physisch zu vernichten sucht.

Verstärken sich im Weltmaßstabe die Klassengegensätze, wächst die Gefahr des Faschismus und des Krieges, so sehen wir auch in unserem kleinen Land, in Österreich,

daß die Bourgeoisie offen und planmäßig daran geht, die Arbeiterklasse niederzuschlagen mit den Mitteln des Vetelebensfaschismus, des Hungers, der riesenhaften Arbeitslosigkeit.

Und ebenso wie im Weltmaßstabe die internationale Sozialdemokratie die Politik der Bourgeoisie macht, wie sie

Bürgerlichen bekamen 45.978 Stimmen, die Sozialdemokraten 44.319. Wenn man nun auch unsere 606 Stimmen und die 186 Stimmen der Sozialisten zu den sozialdemokratischen Stimmen beizählt, so ergibt das 45.104 Stimmen, also immer noch um 870 Stimmen weniger als die Bürgerlichen. Mit dem 25. Mandat steht es ebenso. Auf 1859 Stimmen kam ein Mandat. Demnach erhielt die SP 23 Mandatmandate und ein Resignationsmandat mit 1562 Stimmen. Auf keinen Fall hätte also die SP mit den 789 kommunistischen Stimmen das 25. Mandat bekommen.

Die Reparationskonferenz gescheitert.

Die Gegensätze zwischen dem Entente-Imperialismus und dem neuburglichen Imperialismus sind unüberbrückbar. Der Vorschlag wird bekannt, daß die Pariser Konferenz, diese Höhe und die Dauer der deutschen Reparationszahlungen festlegen sollte, gescheitert ist. Das Angebot der Deutschen, durch 17 Jahre 1650 Millionen Mark jährlich zu zahlen, wurde von den übrigen Delegierten abgelehnt. Wie werden auf die ungeheure Bedeutung, dieser Forderung in der nächsten Nummer unseres Blattes näher eingehen.

in Deutschland Hungerstreiker baut, Waffenkammern diktiert, die Mat-Demonstration in Berlin verbietet, in Frankreich die Militarisierung des Volkes für den nächsten Krieg vorbereitet, in England die Bergarbeiter und Arbeitslosen verurteilt, der Unterdrückung der Kolonien Vorschub leistet,

eine ebenso bürgerliche Politik schlägt unsere Sozialdemokratie ein, die den Faschismus in die Betriebe eindringen läßt, die die Lohnkämpfe der Metallarbeiter durch Seiz zerschlägt und jetzt den entscheidenden Schlag der Bourgeoisie

der Vernichtung des Mieterschutzes keinen Widerstand der Massen entgegenstellt.

In zwei Jahren sollt Ihr in Wien bereits den 2700 fachen, in Graz den 3400 fachen und in der Provinz den 4000 fachen Friedenszins zahlen und dazu noch die Betriebskosten und die Steuern!

Es geht um's Letzte,

es geht um Sein oder Nichtsein. Wir wissen: Noch wollt Ihr es nicht glauben, noch haltet Ihr es für unmöglich, daß Ihr, die Ihr soeben in Graz geglaubt habt, Ihr könnt den Mieterschutz mit dem Stimmzettel verteidigen,

so fürchtbar, so schändlich betrogen werden sollt.

Noch herrschen die Illusionen, noch glaubt Ihr dem Reformismus. Aber die bittere Sprache der Tatsachen wird Euch lehren, daß es für Euch keinen anderen Ausweg gibt, als den, den wir Linken Kommunisten Euch unaufhörlich weisen:

die Revolution der Arbeiter und Bauern, die proletarische Revolution gegen die Diktatur der Bourgeoisie.

Waffenaktion zur Verteidigung des Mieterschutzes! Nieder mit dem Faschismus! Es lebe der internationale Befreiungskampf des Proletariats! Es lebe die Diktatur des Proletariats! Es lebe der Rätestaat! Es lebe die Weltrevolution! Es lebe der internationale, revolutionäre Kommunismus!

Die Bezirksorganisation Graz der kommunistischen Opposition (Linke Kommunisten).

Die Exekutive der Kommunistischen Opposition Österreichs (Linke Kommunisten).

Helft das Geld aufbringen!

Gegen den „Wahrnri“ wurden in letzter Zeit sehr viele Geldstrafen verhängt, insgesamt 120 S., um uns zum Schweigen zu bringen. Die Wahrheit darf man nicht sagen. Gen. Pfeiffel wurde vor kurzem wieder verurteilt zu 50 S oder 14 Tage Arrest. Der „Wahrnri“ hat knapp das Geld für die Strafstrafen. Was jetzt hat Gen. Pfeiffel alle Geldstrafen abgezogen, um die Justiz nicht mit Proletariatsgeiseln zu füttern, um den „Wahrnri“ kein Geld zu entziehen. Da er gegenwärtig gesundheitlich nicht am besten besonnen ist, eruchen wir alle, die entweder leibhaftig oder in kleinen Kampfsongstrennen etwas geben können, zu helfen, damit Genosse Pfeiffel die Arreststrafe nicht absetzen muß. Spenden über 10 Groschen werden im „Wahrnri“ unter dem Titel: „Trotz alledem“ ausgewiesen werden. Scheckzahlung für diesen Zweck eruchen wir besonders zu empfehlen. Der Mitarbeiter.

Zur Beachtung!

Es ist uns nicht mehr möglich, den ganzen Tag für Auskünfte usw. zur Verfügung zu stehen. Deshalb wurde der Parteilerverkehr eingeschränkt und zwar auf die Zeit von 6 bis 7 Uhr abends. Unter Tag ist der Redaktionsraum geschlossen. Wir ersuchen alle, besonders die Abonnenten, die persönlich ihre Abonnementbeträge zahlen kommen, sich darnach zu halten.

Die Sozialdemokratie ist Schuld, daß die Arbeiter nicht mehr Mandate als die Bürgerlichen im Grazer Gemeinderat erhalten haben.

Die Stimmung für die kommunistische Opposition war günstig. Die Herren in der Mariengasse erkannten das, sie fürchteten im Gemeinderat unter die Kontrolle zumindest eines Kommunisten zu kommen. Zur Verhinderung dessen wurde in der sozialdemokratischen Landesparteileitung die Massenausendung eines fingierten Briefes beschlossen. Er hatte im Schluß folgenden Wortlaut:

Jede kommunistische Stimme, die am 21. April abgegeben wird, ist verloren, weil wir selber absolut nichts erreichen können. Jede verlorene Stimme aber hilft dem Tramway-Strafella und seinem Kumpan, dem Feldkuraten und Brigadepfarrer Allmer, der auch in den Gemeinderat hinein will.

Deshalb müssen wir Kommunisten, wenn uns die proletarische Sache höher steht als die Schützenhilfe für den Tramway-Strafella, entweder zu Hause zu bleiben und nicht zur Wahl gehen, oder wir müssen sozialdemokratisch wählen, wie wir dies bei der letzten Nationalratswahl gemacht haben.

Mitzuwirken daran, daß die Liste Strafella und Allmer mehr Mandate bekommt, das wäre Verrat an unseren Grundsätzen. Wer dieser Verrat nicht mitmachen will, der wählt am 21. April sozialdemokratisch! — Wer den kommunistischen Stimmzettel abgibt, hilft nur mit, die Schwäche der Kommunisten aufzuzeigen und das schadet uns. Nieder mit der Reaktion! Nieder mit den Faschisten! Hoch der revolutionäre Sozialismus! Ein ehrlicher Kommunist.

Das bemerkenswerte an diesem Schwindelbrief ist die Aufforderung, zu Hause zu bleiben und nicht zur Wahl zu gehen oder sozialdemokratisch zu wählen. Die sozialdemokratischen Führer, die ihn verfassten, sagten sich nämlich: „Wenn wir es schon nicht erreichen, daß die mit der kommunistischen Opposition Sympathisierenden sozialdemokratisch wählen, so müssen wir es erreichen, daß sie

zu Hause bleiben, denn besser diese Stimmen gehen ganz verloren, als ein Kommunist kommt in den Gemeinderat.“ Die S. P. hat ihren Zweck erreicht. Viele hielten den Brief für echt, sie glaubten daran, daß ein Genosse von uns ihn ausgesandt hat und sagten: „Bevor ich noch einmal sozialdemokratisch wähle, bleibe ich wirklich lieber zu Hause.“ Die Arbeiter könnten heute sicherlich 25, vielleicht sogar 26 Mandate (24 sozialdemokratische und 2 kommunistische), gegen 24 Bürgerliche haben, denn unter den 16.000, die nicht zur Wahl gingen, sind viele, die auf den sozialdemokratischen Schwindelbrief zu Hause blieben.

„Schwindlerpartei.“

Es kommen schon Arbeiter und Arbeiterinnen zu uns, die dem Schwindelbrief der S. P. zu Opfer gefallen sind. Eine Arbeiterin schreibt:

„Genossen, ich bin Sonntag der sozialdemokratischen Schwindlerpartei aufgeessen, ich war nicht wählen. Mit mir sind drei Parteien noch zu Hause geblieben. Wir haben beiliegenden Brief bekommen (es ist der, den wir an anderer Stelle veröffentlichten) und geglaubt, daß Genossen von Euch wieder sozialdemokratisch wählen. Ich habe mir gesagt, für die Gemeinderatswahl geb' ich auf keinen Fall meine Stimme den Sozialdemokraten. Heute bin ich mit den Genossen P. . von Euch zusammengekommen und der hat mir erst die Augen über die Schwindlerpartei geöffnet. Ich ärgere mich, daß ich so dumm war und den Schwindlern in der Mariengasse, die jetzt den Mieterschutz in Stich lassen, aufgeessen bin. J. M. Lagergasse.“

Sozialdemokratische Regierung verbietet die Maidemonstration in Berlin.

Der sozialdem. Polizeipräsident von Berlin hat im Auftrage des sozialdemokratischen Ministers von Preußen jeden Aufmarsch der Arbeiterschaft am 1. Mai verboten. (!) Das Zentrale Komitee, das aus den Vertretern von über 200.000 Berliner Arbeitern besteht, hat trotzdem den Aufmarsch vorbereitet und die Berliner Arbeiter marschieren am 1. Mai.

Brief eines Wiener Genossen.

Eine unerhörte Frechheit erlauben sich die Stalin-Kommunisten in ihrem Leitartikel der „Roten Fahne“ vom 19. April. Sie jaseeln da über ihre Ortsgruppe in Graz, dieselbe hat unter den schwierigsten Verhältnissen zu kämpfen, nicht nur gegen Bürgerliche und Sozialdemokratie, sondern auch gegen eine Gruppe von Verrätern, Renegaten und Spaltern, die den geflohenen Kamen Kammun. Opposit. m führen. Betrachten wir einmal die Verleumdungen näher. Wer sind denn eigentlich die Spalter? Sie selber, sie haben jeden ehrlichen Massen-genossen, der dem Leninismus treu geblieben ist, hinausgeworfen. Sie selber sind der Futtekrippe nachgegangen, denn eine eigene Überzeugung besitzen sie nicht.

Ferner beschmützen sie Gen. Trozky mit den erbärmlichsten und dreckigsten Argumenten: Wie Gen. Trozky veröffentlicht Artikel in der bürgerlichen Presse gegen Stalin. Es bleibt ihm ja nichts anderes über als das zu tun, um sich vor den Verleumdungen von Stalin zu schützen, der sie täglich hinausjockert, um selbst seine eigenen Fehler zu verdecken. Wurde ihm jemals eine Möglichkeit geboten, seine Ansichten zu vertreten? Nein. Der sich nicht fügte, wurde ausgeschlossen und als Konterrevolutionär bezeichnet. So sieht die Arbeiterdemokratie unter der Herrschaft Stalins aus. Dasselbe haben wir in Österreich im kleinen Maßstab erlebt. Mögen sie weiter spucken, die Stalinisten, wir gehen unseren Weg geradbraus, den uns Lenin zeigte und Trozky führt. Mit proletarischem Gruß S. . . .

Die „tote Trozky-Opposition“ und die Stalin-Kommunisten.

Mindestens zweimal im Jahre wird durch Stalins gehorjame Filialleiter die internationale Opposition für tot erklärt. Einmal ist es der Leninbund, dann die russische oder eine andere Opposition, welcher die Winkstanken Stalins das Totenglocklein läuten. In Österreich hat man sie bei der Geburt schon für tot erklärt. Aber die Stalingläubigen erleben bittere Enttäuschungen, die Toten sind lebendig.

Über die Gruppierungen in der kommunistischen Opposition.

Von Leo Trotzky.

In der U. d. S. S. R. leben wir den rechten Flügel, der mit der qualifizierten Intelligenz und den kleinen Eigentümern verbunden ist. Das Zentrum, das innerhalb des Apparates zwischen den Klassen balanciert, und den linken Flügel, der die Erben der proletarischen Avantgarde in der Epoche der Revolution ist. Damit will ich natürlich nicht sagen, daß der linke Flügel frei von Fehlern ist und daß er keine ernsten und offenen Kritik entbehren kann. Aber dieser Kritik muß eine klare Klasseneinstellung zugrunde liegen, d. h. sie muß sich auf eine der drei oben genannten Tendenzen stützen. Der Versuch, das Vorhandensein dieser Tendenzen und deren Klassencharakter zu leugnen, der Versuch sich über diese Tendenzen zu hebeln, wird unausweichlich mit einer ständigen Niederlage enden. Am älteren betonen diesen Weg die rechtsstehenden Elemente, die sich ihrer selbst noch nicht bewußt sind, aber die daran interessiert sind, ihre eigene rechte Flanke nicht vor der Zeit abzustoßen.

Soweit mir bekannt ist, vertreten Brandier und Taltheimer alle diese Jahre die Auffassung, daß die Politik des B. K. der R. P. in wirtschaftlichen Fragen ganz richtig sei. So verhielt es sich bis zum Stalin'schen Schlag nach links. Im wesentlichen müssen sie jetzt mit der Politik sympathisieren, die besonders offen in den Jahren 1924/27

gemacht wurde, und die jetzt Anton, Bucharin u. a. vertreten. Augenscheinlich neigt auf diese Seite auch Souvarine.

Hier kann ich natürlich nicht den ganzen Umfang der wirtschaftlichen Probleme der U. d. S. S. R. ablesen. Unsere Plattform behält ihre ganze Kraft. Es wäre nur von Nutzen, wenn die rechte Opposition eine genaue und klare Kritik unserer Plattform in dieser Frage gebe. Um diese Arbeit zu erleichtern, werde ich einige grundlegende Erwägungen in den Vordergrund stellen.

Die Rechte nehmen an, daß, wenn man der individuellen Bauernwirtschaft mehr Spielraum gebe, daß dann unsere jetzigen Schwierigkeiten zu überwinden wären. Die Einstellung auf den kapitalistischen Pächter (den europäisierten oder den amerikanisierten „Kulak“) wird ungewisshaft Früchte tragen, aber es werden kapitalistische Früchte sein, die auf einer ziemlich neuen Stufe zur politischen Niederlage der Sowjetmacht führen werden. Die Einstellung auf den kapitalistischen Pächter hat in den Jahren 24/26 nur ihre ersten Schritte gemacht. Nichtsdestoweniger führte sie zu einer abnormen Erhöhung des Selbstbewußtseins der Kleinbürger in Stadt und Land, die auch die untrennbar Sowjets an sich rissen, zur Erhöhung der Kraft und des Selbstbewußtseins der Bürokratie, zum Trude auf die Arbeiter und zur vollen Unterdrückung der Parteidemokratie. Wer die wechselseitige Bedingtheit dieser Tatsachen nicht versteht, der versteht überhaupt nichts von revolutionärer Politik. Die Züchtung der kapitalistischen Pächter

ist mit der Diktatur des Proletariats nicht vereinbar. Hier muß gewählt werden.

Wenn wir uns aber zu der rein wirtschaftlichen Seite dieser Frage hin. Zwischen der Industrie und der Bauernwirtschaft bestehen dialektische Wechselwirkungen. Aber als bewegender Faktor erscheint die Industrie, die eine unergleichbar größere dynamische Zweckkraft besitzt als die Landwirtschaft. Der Bauer braucht die Industriewaren als Tauschobjekte für sein Getreide. Die demokratische Revolution unter der Leitung der Bolschewiki, gab dem Bauer das Land. Die soziale Revolution gibt dem Bauer unter der alten Leitung noch immer weniger Waren und zu einem höheren Preise, als es ihm jeherzeit der Kapitalismus gab. Daher ist eben die sozialistische Revolution im Gegensatz zu ihrer demokratischen Basis gefährdet. Auf den Mangel der Industriewaren antwortet der Bauer mit einem passiven Streik: er führt das vorhandene Getreide nicht auf dem Markt und vergrößert nicht die Saatflächen. Die Rechten glauben, daß man den kapitalistischen Tendenzen des Dorfes mehr Bewegungsfreiheit geben, das Dorf weniger besteuern, und das Tempo der Entwicklung der Industrie verlangsamen soll. Aber das würde bedeuten, daß es mehr landwirtschaftliche Produkte auf dem Markt geben würde, die Anzahl der Industriewaren aber noch kleiner wäre. Die Disproportion zwischen den beiden Wirtschaftszweigen, die die Grundursache unserer wirtschaftlichen Krise ist, würde sich noch erweitern.

(Schluß folgt.)

Während die Hundertprozentigen überall bergab-
reifen, siehe Oberstiermark, Niederösterreich usw.,
geht es bei den „Toten“ bergauf.

Bei der Grazer Gemeindevahl erhielt die trotsky-
sche Opposition 605 Stimmen und die Stalinisten
184 Stimmen. Noch vor wenigen Wochen haben die
Papagalen Kopeniak an die „Rote Fahne“ ge-
schrieben, daß die Trotskyisten bei den Wahlen den Fuß-
tritt bekommen werden. Wer den Fußtritt erhalten
hat — zeigt das Ergebnis — wobei noch zu be-
merken ist, daß die Stalinisten bei der National-
ratswahl im Jahre 1927 noch 341 Stimmen auf-
brachten. Sie haben also auch von diesen Stimmen
noch die Hälfte verloren. Aber das Entscheidende ist
nicht nur das Stimmenverhältnis, sondern unter
welchen Bedingungen die kommunistische Opposition
die Wahlbewegung führen mußte.

Während die Gegner in Dugenden von großen
Versammlungen und Hunderttausenden von Flug-
schriften und Gratiszeitungen wirken konnten, ließ
man uns nicht eine einzige große Versammlung ab-
halten. Mit dem kleinen Betrag von weniger als
600 Schill. bestritten wir unsere ganze Wahlpropa-
ganda, während die Sozialdemokraten und Bürger-
lichen Milliarden hinauswarfen. Die Reformisten
verstanden es auch, das Argument der zwei kom-
munistischen Gruppen gegen uns ins Treffen zu
führen, wodurch ganze Schichten Sympathisierender
ins Schwanken kamen. Die Schwindelbriefe der
Stanel und Konsorten nahmen viele für echt und
blieben von der Wahl fern oder wählten sozial-
demokratisch.

In den letzten Tagen leerten auch die Stalin-
jäger ihre in Wien hergestellten Schmutzkübel aus,
die zwar nicht uns, aber der Sache des Kommunis-
mus schaden. Trotz Schmutz-Flugblätter und Gratis-
exemplaren der „Roten Fahne“ erhielten die Sta-
linisten ihre wohlverdiente moralische Ohrfeige.

Zieht man also in Betracht, daß wir keine
Versammlungen abhalten konnten und auch keine
Mittel hatten, um den Dreißigleubern der C. rasella-
Stanel-Rafl entgegenzutreten, so ist das Ge-
schick für die kommunistische Opposition sicher ehrenvoll.
Die 600 Proletarier gilt es nun für den Kom-
munismus unter dem Banner der Trotsky-Opposition
zu gewinnen.

Kirchen-Austrittserklärungen
sind in der Verwaltung des „Wahrheit“, Elisabethiner-
gasse 20, zu haben. Auch Zusendungen in die Provinz

Die erste Tat des neuen Gemeinderates.

Montag, 29. April 1929, 2 Uhr nachmittags
Delogierung eines hilflosen Kriegsinvaliden
mit Frau und zwei Kinder in der Mahren-
bergerstraße Nr. 24.

Wir haben im „Wahrheit“ Nr. 14 berichtet,
daß der hilflose Invalide Greifensteiner, auf Betreiben
des Kriminalbeamten Rumpitich und des Aufsehers
in der Karlau, Luster, im Hause Mahrenberger-
straße 24, geknöpft wurde. Der Invalide und seine
Frau erblickten ihre letzte Rettung in einem Gang
zum Bürgermeister Muchitsch. Anstatt vorgelassen zu
werden, wurde sie durch einen Kriminalbeamten aus
dem Wartezimmer gemiesen. Montag, den 29., um
2 Uhr werden die Delogierungsorgane, die Habselig-
keiten des Invaliden auf die Straße geworfen haben.
Zwei kleine Kinder, ein hilfloses Weib und eine
von Sorgen zermürbte Mutter sind ab Montag des
schützenden Daches beraubt. — Damit haben die
24 Sozialdemokraten und die 24 Bürgerlichen ihre
Funktionsperiode eingeleitet.

So sieht es in den Gemeindevohn- häusern aus.

Man schreibt uns: „Im Gemeindevohnhaus der
Stadt Graz, Rankengasse 22, wohnt seit langer Zeit
ein Feinatschützler namens Käfer, Angestellter der
Gemeinde Graz. Er agitiert im Haus. Viele Par-
teien sind darüber aufgebracht. Ein sozialdemokra-
tisch organisierter Mieter protestierte gegen das
Treiben dieses Faschisten. Zur Antwort bekam er,
wenn ihm was nicht paßt, soll er ausziehen. Die
Polizei hat man ihn auch auf den Hals gesetzt, weil
er „Unfriede“ stiftet.“

Verschiedenes.

**Mussolinis Kampf gegen den Geburten-
rückgang.** Nach Einführung der Junggefallensteuer
wird nun ein Gesetz ausgearbeitet, das auch das
Konkubinat unter Strafe stellt und die Strafbesim-
mungen für Ehebruch verschärfte. Außerdem wird in
Zukunft Ehebruch nicht nur auf Antrag der betroffenen
Partei, sondern auch von Amts wegen verfolgt. Wenn
dadurch der Geburtenrückgang auch noch nicht zurück-
geht, vielleicht stellt Mussolini zu jedem Ehebett noch
einen Gendarm, damit keine Verhütungsmittel ange-
wandt werden.

**Arbeiter die Denügung des Trottoirs
verboten.** In Hamburg erließ der sozialdemokra-
tische Polizeipräsident eine Verordnung, wonach den
Arbeiter in „schmutziger“ Kleidung verboten wird,
am Trottoir zu gehen. Dieser Schandparagraph wurde
mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Deutsch-
nationalen gegen die Stimmen der Kommunisten
beschlossen.

Über 100.000 Todesfälle an Cholera. In
Bengalen, wo die Cholera fast nie ausstirbt, hat die
Krankheit in den letzten Monaten epidemische Formen
angenommen. Ganze Dörfer sind erkrankt. 100.000
Todesopfer werden verzeichnet.

**Der christlichsoziale Bürgermeister von
Hag bei Selbstmord wegen Veruntreuung von
3000 Schilling verhaftet.**

**Arbeiter! Verlangt in den Traktaten und Gast-
häusern und bei euren Friseurinnen die
Auflegung des „Mahrufes!“**

Die deutsche Koalitionsregierung verweigert Trotsky ein Asyl!

Ein bemerkenswerter Erfolg der Sowjetregierung, der Zentrale der K. P. D.,
der Palantenzler und Deutschnationalen.

Die Deutsche Reichsregierung, die Regierung
der Sozialdemokraten, Müller—Fischerding, hat das
Asylrecht, das sie den russischen Weißgardisten ge-
währt, ebenso wie sie den Tschitscherins, Lunat-
scharsky usw. stets Aufenthaltserlaubigungen gibt,
dem Revolutionär Leo Trotsky verweigert. Ausschlag-
gebend war die Peze Fischerdings gegen eine Auf-
enthaltserlaubnis für Trotsky — selbst für einen
kurzfristigen Kurzaufenthalt — und der Einspruch
des Außenministers Stresemann, der sich auf den
Wunsch der Sowjetregierung berufen konnte, Trotsky

die Einreise zu verwehren! Wenn es gegen den
Revolutionär Trotsky geht, dann sind sie alle auf
einer Linie: die Herren von der Demokratie, die
Rechtsradikalen und die Stipendisten von Stalin!
Erinnert Ihr Euch noch, wie die feilen Burichen
der Berliner „Roten Fahne“ vor einem Monat
Trotsky als willkommener Gast der deut-
schen Bourgeoisie bezeichneten? Stalin als Auftrag-
geber der deutschen Ministersozialisten — welch ein
herrliches Bild der neuesten Einheitsfronttaktik!

Das Arbeitslosenversicherungsgesetz.

Die Vermittlung. Darüber besagt das Ar-
beitslosen-Versicherungsgesetz:

„Der Arbeiter ist verpflichtet, eine ihm durch
das Arbeitslosennam zugewiesene entsprechende Be-
schäftigung anzunehmen. Als entsprechend wird jene
Arbeit angesehen, die den körperlichen Fähigkeiten
angemessen ist, welche die Gesundheit nicht gefährdet.“

In den ersten acht Wochen darf ein Ar-
beitsloser nur in seinem Beruf vermittelt werden.
Nach acht Wochen, sagt das A. V. G., kann die
Vermittlung ohne Rücksicht auf den erlernten Beruf
erfolgen. Arbeit unter dem Kollektivvertrag braucht
niemand anzunehmen und soll niemand annehmen.
Ebenso hat jeder Arbeitslose das Recht, eine Arbeits-
vermittlung im Betriebe, wo eine Aussperrung er-
folgte oder gestreikt wird, zurückzuweisen.

Nach auswärts. Das A. V. G. sagt:

„Der Arbeitslose ist verpflichtet, auch eine ihm
außerhalb seines bisherigen Berufs- und Aufent-
haltsortes zugewiesene entsprechende Beschäftigung
anzunehmen, sofern in seinem künftigen Arbeitsorte
eine entsprechende Unterkunft möglich ist und die
Versorgung der Familienmitglieder, zu deren Er-
haltung er verpflichtet ist, durch Annahme der Ar-
beit nicht gefährdet wird.“ (Fortl. folgt.)

Filme, Literatur, Wissenschaft

Sturm über Aßen. Regie: Pudowkin.

Der Film läuft ab Montag, 29. d., im Union-Kino.
Endlos weit wie der Ozean, erfüllt von tausend-
den Gefahren, dehnt sich die mongolische Wüste aus.
Schwer und langsam ist das Leben des Mongolen.
Leben heißt hungern. Kühnstes Traumschloß: einmal
nicht mehr hungern müssen, sondern sich satteffen,
richtig satteffen, einen Tag, eine Woche, ein ganzes
Leben. Spärlich sind die Schätze, die der Mongole
der Wäzle oder der Steppe abringt. Spärlicher noch
die Preise, die am Markt für die erbeutenden Felle
gezahlt werden. Örling ist aber einmal, unendlich
selten, das wunderbare, huijige Fell des Silberfuchses
zu erbeuten — dann, wehe dem glücklichen Jäger
vor der brutalen Habgucht der weißen Herrenklasse,
der englischen Pelzhändler. So ergibt es dem jungen
Mongolen Bair. Föhnend wirft ihm der Engländer
einige Silberstücke für das kostbare, vom Vater er-
beutete Fell des Silberfuchses hin. Der Mongole
weigert sich den Raub abzuschließen, er will sein kost-
bares Gut zurück. Im Kampf, Brust an Brust, ringt
der Mongole den Engländer nieder. Er flieht. In
die Berge, zu den aufständischen Mongolen—Parti-
sanen. Er wird gefangen und soll erschossen werden.
Raum aber ist der Befehl gegeben, da findet der

englische Kommandant unter den abgenommen Sachen
des jungen Jägers ein Dokument, aus dem hervor-
geht, daß der Mongole ein Sprößling aus dem
sagenumwobenen Geschlecht des gewaltigen Mongolen-
führers **Dschingis-Kahn** ist. Ein teuflischer Ge-
danke zuckt durch den Kopf des Engländer. Er will
den Mongolen zum Herrscher ausrufen lassen, um
auf diese Weise in's englische Joch zu zwingen. Der
schwer verletzte Mongole, an dem die Exekution be-
reits vollzogen wurde, wird geheilt und soll nun das
englische Regime als „nationaler Herrscher“ maktieren.
Aber der junge Mongole, erfüllt von den brennenden
tödlischen Haß gegen die Bedrücker seines Volkes,
entsieht. In die Steppe zurückgekehrt, stellt er sich
an die Spitze des Aufstandes. Und sie kommen aus
den Bergen, Steppen und Wästen, die mongolischen
Rebellen, wie ein Sturm rasen sie auf ihren Pferden
daher, ein Orkan nationaler Revolution, der die
englischen Bedrücker hinwegjagt.

Wundervolle Aufnahmen aus der Steppe, herr-
liche Naturbilder und vor allem: seltene, erstmalige
Eindrücke in das kulturelle und religiöse Leben der
Mongolen, machen diesen Film zu einem der lebens-
wertesten der letzten Jahre. Einige Mängel des
Filmes — die fast übernatürliche, fimsomäßige Art
der Flucht ist ein Rückfall in den kleinbürgerlichen
Geldentkult — können den Gesamteindruck keinen
wesentlichen Abbruch tun.